

## ■ WIRTSCHAFTSCHRONIK

### IV. QUARTAL 2001

*Zur Belebung der Konjunktur senkt die Notenbank der USA neuerlich die Leitzinsen. Im Jahr 2001 wurden damit in 11 Schritten die Federal Funds Rate von 6,5% auf 1,75% und die Discount Rate von 6% auf 1,25% herabgesetzt. Die Europäische Zentralbank zog nur teilweise mit und verringerte die Zinssätze in vier Schritten um insgesamt 150 Basispunkte. Anlässlich der Klimakonferenz in Marrakesch erzielen die Teilnehmer Einigung über die Durchführungsbestimmungen des Kyoto-Protokolls; der nationale Ratifizierungsprozess kann beginnen.*

**2. Oktober:** Als weitere Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September und um der Anschwächung der Ausgaben von Unternehmen und Privaten entgegenzuwirken, senkt die Notenbank der USA die Zinsen um 50 Basispunkte. Die Federal Funds Rate liegt nun bei 2,5%, der Diskontsatz bei 2%.

### AUSLAND

**7. Oktober:** Die Luftangriffe der USA auf afghanische Städte haben begonnen. Gleichzeitig werden Hilfspakete mit Nahrungsmitteln vor allem in den Flüchtlingsgebieten abgeworfen.

**10. Oktober:** Joseph E. Stiglitz, George Akerlof und A. Michael Spence werden mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften 2001 ausgezeichnet. Alle drei Ökonomen beschäftigen sich mit der Analyse der Effekte asymmetrischer Information auf Märkten (<http://www.nobel.se/economics/laureates/2001/index.html>).

**29. Oktober-10. November:** In Marrakesch wird anlässlich der siebenten Klimakonferenz ein international verbindliches Regelwerk formuliert, um das Kyoto-Protokoll ratifizieren und umsetzen zu können. Nach diesen Verhandlungen werden Russland statt der ursprünglich in Bonn<sup>1)</sup> vorgesehenen 16 Mio. t Kohlenstoff-Senken nun 33 Mio. t gutgeschrieben. Japan setzt durch, dass eventuelle Sanktionen bei Nichteinhaltung frühestens 2013 in Kraft treten können.

**6. November:** Nach einer weiteren Zinssenkung in den USA um 50 Basispunkte betragen die Federal Funds Rate 2% und der Diskontsatz 1,5%.

**9. November:** Die Europäische Zentralbank setzt die Zinssätze um 50 Basispunkte herab. Der Satz der Einlagefazilität beträgt nun 2,25%, jener der Spitzenrefinanzierungsfazilität 4,25%. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems wird auf 3,25% ermäßigt. Dies gilt erstmals für das am 14. November 2001 abzuwickelnde Geschäft.

**11. Dezember:** Angesichts der ungünstigen Konjunkturaussichten in den USA senkt die Fed die Federal Funds Rate und den Diskontsatz abermals um 25 Basispunkte auf 1,75% bzw. 1,25%.

China wird offiziell als 143. Mitglied in die WTO aufgenommen.

**15. Dezember:** In den 12 EU-Ländern, die an der Währungsunion teilnehmen, beginnt die Ausgabe von Euro-Münzen.

**15./16. Dezember:** Anlässlich der Tagung des Europäischen Rats in Laeken einigen sich die Staats- und Regierungschefs auf die „Erklärung von Laeken“. Zur Vorbereitung der nächsten Regierungskonferenz wird ein „Konvent“ eingerichtet, welcher sich mit den wesentlichen Fragen zur Zukunft der Union beschäftigen soll. Giscard d'Estaing als Präsident und Giulio Amato sowie Jean-Luc Dehaene als Vizepräsidenten stellen das Präsidium des Konvents; weiters gehören ihm je ein Vertreter der Regierung jedes Mitgliedstaates, je zwei Mitglieder der nationalen Parlamente, 16 Mitglieder des Europäischen Parlaments und zwei Vertreter der Kommission an. Die Beitrittskandidatenländer werden umfassend in die Diskussion einbezogen. Drei Vertreter des Wirtschafts- und Sozialausschusses und drei Vertreter der europäischen Sozialpartner sowie sechs Vertreter des Ausschusses der Regionen und der europäischen Bürgerbeauftragte nehmen als Beobachter teil. Sofern die Arbeiten nach etwa einem Jahr abgeschlossen sind, sollen sie vom Präsidenten dem Rat vorgelegt werden.

## ÖSTERREICH

**1. Oktober:** Ab dem Wintersemester 2001/02 wird für das Studium an staatlichen Universitäten ein Studienbeitrag eingehoben. Dieser beträgt für österreichische Staatsbürger, EU- und EWR-Bürger 363,36 €, für Studierende aus anderen Staaten 726,72 € pro Semester.

Mit der vollständigen Liberalisierung des Strommarktes haben nun auch die privaten Haushalte die Möglichkeit, einen Stromanbieter zu wählen. Eine Verbilligung von Strom ist zu erwarten. Die bisherigen Monopolanbieter sind berechtigt, den Kunden „Stranded Costs“ (sowie in Wien den „Kraft-Wärme-Kopplungsaufschlag“) zu verrechnen.

**8. Oktober:** Die Gewerkschaft der Privatangestellten und die Gewerkschaft Metall-Textil gehen eine Kooperation ein mit dem Ziel, eine neue gemeinsame Gewerkschaft zu gründen. Diese wird rund 500.000 Arbeitnehmer und damit ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder vertreten.

---

*Die empfindliche Dämpfung des Wirtschaftswachstums veranlasst die Bundesregierung, Maßnahmen zur Konjunkturbelebung zu ergreifen bei gleichzeitiger Weiterverfolgung der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Vor allem im Forschungs- und Technologiebereich werden fördernde Schwerpunkte gesetzt. Das geltende Abfertigungsrecht soll durch ein neues Modell abgelöst werden, in dem die Ansprüche in einer „Kasse“ angespart werden.*

---

**23. Oktober:** Bundesarbeitskammer, Österreichischer Gewerkschaftsbund und Wirtschaftskammer einigen sich auf die Eckpunkte eines neuen Abfertigungsmodells („Abfertigung neu“). Für alle neuen Arbeitsverhältnisse soll der Arbeitgeber ab dem ersten Tag 1,53% des Lohnes in eine Pensionskasse einzahlen. Kündigungszeiten und Lehrzeiten sollen abfertigungswirksam werden. Die Anwartschaft auf den angesparten Betrag soll auch bei Selbstkündigung durch den Arbeitnehmer gewahrt bleiben, wobei Anspruch auf Auszahlung nur bei Kündigung oder Pensionsantritt bestehen soll.

**1. November:** In mehreren Branchen treten neue Kollektivvertragslöhne und -gehälter in Kraft. So werden in der Metallindustrie die Ist-Löhne und -Gehälter um 2,9%, mindestens aber um 43,60 € angehoben, die Kollektivvertragsmindestlöhne und -gehälter um 2,9% bis 3,0%, die Lehrlingsentschädigungen um 2,9%. Die Arbeiter und Angestellten der Elektro- und Elektronikindustrie erhalten eine Erhöhung der Ist-Löhne und Gehälter um 2,9%, mindestens jedoch 47,24 €; den Betrieben ist es vorbehalten 0,3% der Gehaltssumme bzw. 0,5% der Lohnsumme individuell zu verteilen. Dabei müssen die Effektivgehälter um mindestens 2,7% bzw. um 47,24 € steigen. Die Kollektivvertragsgehälter werden um 2,9% bis 3,0%, die Löhne um 3% erhöht, die Lehrlingsentschädigung um 2,9%. In der Papierindustrie werden die Ist-Löhne um 3,2%, mindestens aber 54,50 € angehoben; die Kollektivvertragsgehälter steigen um 3,4% und die Lehrlingsentschädigungen um 2,9% bzw. 3,4%. Die chemische Industrie zahlt um 2,8%, mindestens aber 50,87 € höhere Ist-Gehälter mit einer Verteilungsoption von 0,5% der Gehaltssumme bei einer Mindesterrhöhung von 2,6%. Die Kollektivvertragsgehälter, die Aufwandsentschädigungen sowie die Lehrlingsentschädigungen werden jeweils um 2,9% angeho-

ben. Die Kollektivvertragslöhne für Arbeiter der Elektrizitätsversorgungsunternehmen steigen um 3%. Die Ist-Löhne werden um 200 S (14,53 €) erhöht und der so errechnete Betrag um 3,1% bzw. auf das Niveau der neuen Mindestlöhne aufgewertet. Die Ist-Lohnerhöhung gilt für 15 Monate und bedeutet auf Jahresbasis eine Steigerung um 2,9%.

**5. Dezember:** Anlässlich des „Konjunkturgipfels“ der Bundesregierung werden Maßnahmen zur Konjunkturbelebung vorgestellt. Dazu sollen im Jahr 2002 zusätzlich 857 Mio. € und 2003 weitere 574 Mio. € ausgabenwirksam werden.

- Für Aktivitäten im Bereich Forschung und Technologieentwicklung können Unternehmen wahlweise einen Forschungsfreibetrag von 10% oder eine Prämie von 3% in Anspruch nehmen. Eine Anschlussfinanzierung der vom Rat für Forschungs- und Technologieentwicklung vergebenen Mittel von 508 Mio. € in den Jahren 2004 bis 2006 ist vorgesehen.
- Der Satz für den Bildungsfreibetrag soll von 9% auf 20% steigen. Angestrebt wird eine Verdoppelung der Zahl der Fachhochschulanfänger; dafür sind zusätzliche Budgetmittel von 14,5 Mio. € vorgesehen.
- Eine Qualifikationsoffensive für Baubeschäftigte soll die Redimensionierung des Bausektors abfedern. 10.000 Personen sollen Zugang zu einer „Arbeitsstiftung Bauwirtschaft“ erhalten. Unterstützt wird die

Bauwirtschaft zudem durch eine auf 2002 befristete Erhöhung der vorzeitigen Abschreibung von Bauinvestitionen von 7% auf 10%, eine Überschreitungsermächtigung für öffentliche Ausgaben im Hochbau von 20 Mio. €, eine Absichtserklärung der Länder zur Umschichtung von Mitteln innerhalb der Wohnbauförderung zugunsten der Althausanierung (Erfüllung der Kyoto-Klimaschutzziele) im Ausmaß von 290 Mio. €.

- Die Verlängerung des Neugründungs-Förderungs-gesetz soll die Gründung von Klein- und Mittelbetrieben erleichtern; dabei sollen relevante Teile auch auf Betriebsnachfolger angewandt werden und diese von den reinen Umgründungskosten entlasten. Dafür stehen 2002 Budgetmittel von 5,8 Mio. € und 2003 von 53 Mio. € zur Verfügung. Vorgesehen sind weiters Programme zur Stärkung des Eigenkapitals bei Unternehmensgründungen. Das Paket soll durch Deregulierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen in den Bereichen Unternehmenszugangsrecht und Arbeitszeitflexibilisierung ergänzt werden.

**13. Dezember:** Der Verfassungsgerichtshof verkündet in einem Erkenntnis, dass die Energieabgabenvergütung als solche zulässig ist, nicht aber die Einschränkung auf Unternehmen, deren Schwerpunkt auf der Herstellung körperlicher Wirtschaftsgüter liegt. Diese Einschränkung darf – da sie der Europäischen Kommission nicht notifiziert wurde – nicht angewandt werden.

 **WORKING PAPERS**

- Nr. 161 • 2001      **Progress Towards the Knowledge-Based Economy**  
*Norbert Knoll*
- Nr. 162 • 2001      **ICT Investment and Growth of Output and Productivity**  
*Hannes Leo*
- Nr. 163 • 2001      **European Skills Shortage in ICT and Policy Responses**  
*Hannes Leo*
- Nr. 164 • 2001      **Distance, Trade and FDI: A Hausman-Taylor SUR Approach**  
*Peter Egger, Michael Pfaffermayr*
- Nr. 165 • 2001      **„Ecological Value Added“ in an Integrated Ecosystem-Economy Model. An Indicator for Sustainability**  
*Kurt Kratena*
- Nr. 166 • 2001      **Market Concentration and International Outsourcing**  
*Hartmut Egger, Peter Egger*
- Nr. 167 • 2001      **Market Power, Multinationality and Intra-EU Industry Exports in the 1990s**  
*Peter Egger*
- Nr. 168 • 2001      **The Effectiveness of Central Bank Intervention in the EMS. The Post 1993 Experience**  
*Peter Brandner, Harald Grech, Helmut Stix*
- Nr. 169 • 2001      **Innovation and Employment in Europe in the 1990s**  
*Gudrun Biffli, Mark Knell*
- Nr. 170 • 2001      **A Tale of Competition between Eastern and Southern Europe (Rerum Concordia Discors)**  
*Peter Egger, Kurt Kratena*
- Nr. 171 • 2001      **SUR Estimation of Error Components Models With AR(1) Disturbances and Unobserved Endogenous Effects**  
*Peter Egger*
- Nr. 172 • 2001      **Should Higher Education Students Pay Tuition Fees?**  
*Gudrun Biffli, Joseph E. Isaac*
- Nr. 173 • 2001      **Was ECB's Monetary Policy Optimal?**  
*Fritz Breuss*

Verkaufspreis ATS 100,- bzw. EUR 7,27 • Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz, A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. (1) 798 26 01/282, Fax (1) 798 93 86 • Kostenloser Download: [http://www.wifo.ac.at/publ/verzeichnisse/working\\_p\\_all.html](http://www.wifo.ac.at/publ/verzeichnisse/working_p_all.html)